

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzelle oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3 gespalt. Reklamezelle 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 217

Montag, den 15. September 1924.

48. Jahrgang

Zur Kriegsschuldfrage.

Nachträge zur Regierungserklärung.

Die von uns in der Sonnabendnummer gebrachten Auslassungen über die Frage der Kriegsschuldfrage und des deutschen Eintritts in den Völkerbund haben in der Berliner Presse ein lebhaftes und teilweise recht tragikomisches Nachspiel erfahren. Zunächst sei erwähnt, daß diese Auslassungen aus einem Vortrage beruhen, den der Außenminister vor Vertretern der Berliner Presse gehalten hat.

Wie man sich erinnern wird, ging der Sinn der Erklärung des Außenministers im wesentlichen dahin, daß erstens eine baldige Notifizierung der Kriegsschuldfrage für notwendig erachtet wurde, und daß er zweitens den Zeitpunkt für ein Ausnahmegesuch Deutschlands für noch nicht gekommen halte. So wenigstens wurde die Bedeutung der gestrigen Ausführungen Stresemanns von der gesamten Linkspresse ausgelegt und dementsprechend kommentiert. Die Rechtspresse war naturgemäß von dem unerwarteten Eingehen des Außenministers auf ihre alten Forderungen überrascht und beurteilte die Erklärungen allerdings unter mehr oder weniger großen Vorbehalten im wesentlichen günstig.

Ganz anders die Linkspresse, in der, angefangen von der „Germania“, heute morgen ein scharfes Abrücken von Dr. Stresemann zu bemerken war. Der „Vorwärts“ nahm die Erklärung des Herrn Stresemann sofort zum Anlaß, die „Regierungsstrategie“ zu erklären. Dr. Stresemann, so behauptet das Marxistenblatt, treibe „persönliche und Parteipolitik“, wenn er in der Frage der Kriegsschuldfrage und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund die öffentliche Meinung in einer bestimmten Richtung beeinflusse. Aber die Sozialpartei treibe jetzt innere Erfüllungspolitik gemäß ihrem Vertrag mit den Deutschnationalen. Wenn nun doch die Kriegsschuldfrage nicht notifiziert werde, so müsse Stresemann aus dem Kabinett ausscheiden; werde sie notifiziert, so falle Reichskanzler Marx, dann müsse ein neues Kabinett kommen, wobei die Sozialpartei nach ihrem Versprechen mit allen Mitgliedern auf der Beteiligung der Deutschnationalen bestehen werde. Für die Sozialdemokraten aber werde der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eine Kriegserklärung bedeuten, die leicht eine Reichstagsauflösung im Gefolge haben könne. So seien also Wahlen in Sicht. Die Wahlparole müsse heißen „Bürgerblock oder Sozialdemokratie“. — In ähnlichem Sinne schreibt die „Germania“: Maßgebend war die Auffassung, daß der Zeitpunkt, an dem ein neuer Abschnitt in der Erfüllungspolitik beginne, nicht geeignet sei, um eine Frage zu erörtern, die von deutscher Seite als ein Hindernis für die Anbahnung des wahren Friedens angesehen werde. Es ist nun einmal so, daß im Bewußtsein der Völker die Behauptung von dem deutschen Angriff auf den Weltfrieden tief eingewurzelt ist. Wer kann glauben, daß eine amtliche Erklärung von deutscher Seite es werde ändern können (!). Auch über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund vertritt das Zentrum ein bestimmtes Standpunkt, die in vollem Widerspruch zu dem steht, was man von Stresemann gehört hat. Das Blatt schreibt:

„Auch die Meinungen, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht möglich sei, ebe die Kriegsschuldfrage nicht erledigt sei, dürfte kaum die Zustimmung derer finden, die den Eintritt Deutschlands für eine Notwendigkeit halten. Die ungelöste Kriegsschuldfrage sollte für uns kein Hemmnis, sondern gerade ein Ansporn sein (!), möglichst bald in den Völkerbund einzutreten.“

Daß die jüdische Presse, das „Berliner Tageblatt“ des Theodor Wolff, und die „Gazette de Voss“ des Monseurs Bernhard in dasselbe Kerzhölz hauen und Dr. Stresemann mit einer Sturmflut von Schmähungen, Beschuldigungen und Drohungen die Hölle heiß machen, versteht sich von selbst, ebenso wie es feststeht, daß die ganze Pressekampagne eine wohl abgestimmte Aktion der Linken (einschließlich des Zentrums) zur Einschüchterung des Herrn Stresemann bedeutet. Interessant, aber freilich nicht ganz überraschend dürfte es sein, daß diese Einschüchterung bereits Erfolg gehabt hat. Die „B. Z.“ am „Mittag“, auch ein Blatt des jüdischen Ulstein-Konzerns, bringt angeblich „von bestunterrichteter Seite“ eine entschiedene Abmilderung des Wortlautes der offiziellen Erklärung, die in der Morgenpresse so viel Staub aufgewirbelt hat. Insbesondere wird in dem Blatt die Frage des Zeitpunkts für die Notifizierung der Kriegsschuldfrage folgendermaßen erörtert: „Stresemann verschließt sich durchaus nicht den Erwägungen und auf die Schädlichkeit einer sofortigen Aktion hinweisen.“ Und weiter heißt es, „es sei irrtümlich, daß Stresemann in dem Kabinettsrat am Montag die sofortige Notifizierung jorzuzusetzen“ und dem Reichskanzler Marx volle Übereinstimmung in dieser Frage herrsche.“

Die Verbilligungsaktion.

Was die Regierung plant.

Ueber die von der Regierung geplante Verbilligungsaktion werden jetzt von amtlicher Seite folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Herabsetzung der Gütertarife.

1. Vom 18. September ab werden die derzeitigen Frachten der Normal-Klassen des Gütertarifs, die Sätze des Tiertarifs und die Frachten des allgemeinen Kohlen-Ausnahmetarifs um 10 Prozent ermäßigt, letztere jedoch nicht unter die Vorkriegssätze. Ferner wird der Gewichtzuschlag für die Beförderung in gedeckten Wagen von 10 Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt. Wegen der übrigen Ausnahmetarife erfolgt besondere Bekanntmachung.

2. Zur Erleichterung der Geldverwendung wird der Reichspostminister dem noch in diesem Monat zusammentretenden Verwaltungsrat der Reichspost eine Vorlage zur Ermäßigung der Postanweisungs- und Postcheckgebühren unterbreiten.

Ermäßigung der Kohlenpreise.

3. bei den Kohlenpreisen tritt folgende Ermäßigung ein: Am 18. September für die schlesischen Steinkohlenreviere (Oberschlesien, Niederschlesien) eine Ermäßigung, die gegenüber dem vom Reichskohlenverband veröffentlichten Preisen im Durchschnitt etwa 10 Prozent beträgt. Für das Kohlenrevier wird, sobald die Frage der Syndikatsrenewierung Mitte dieses Monats geklärt ist, über eine alsbald eintretende Preisermäßigung Beschluß gefaßt werden, die voraussichtlich mindestens 10 Prozent betragen wird. Die Braunkohlensyndikate haben ihre Preise vor kurzem bereits in entsprechendem Umfange ermäßigt, so daß für sie eine Preisänderung nicht in Frage kommt.

Erweiterte Reichsbankkredite.

4. Auf dem Gebiete des Bankwesens:

a) Die Reichsbank hat folgende Maßnahmen getroffen: Das seit dem 7. April bestehende Diskontierungs-Gesamt-Montingent wird für Zwecke der Produktionssteigerung zunächst um 10 Prozent erhöht. Für reine Warenwechsel wird die zulässige Laufzeit von Wechseln bei der Reichsbank wieder auf drei Monate ausgedehnt. Die Reichsbank wird fortan wieder Bankakzente diskontieren, vorbehaltlich der Prüfung von Fall zu Fall und vorbehaltlich einer Vereinbarung über die von den Banken zu berechnende Akzeptprovision.

b) Auf die Bankvereinigungen wird eingewirkt werden, daß sie normale Kreditprovisionen einhalten, ebenso auf die staatlichen und kommunalen Geldorganisationen hinsichtlich der Zinsgarantie für hereingenommene Gelder und Spareinlagen. Auch wird auf Beseitigung der aus der Zeit der Zwangswirtschaft stammenden unproduktiven Arbeiten bei den Banken Bedacht genommen.

Herabsetzung der Umsatzsteuer.

5. Die Umsatzsteuer, deren Herabsetzung bekanntlich schon in der infolge Obstruktion der Sozialdemokraten vom Reichstag noch nicht verabschiedeten Vollvorlage vorgesehen war, soll nunmehr mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 vorweg von 2,5 auf 2 Prozent herabgesetzt werden. Ferner sollen auch die Sätze der Gesellschaftsteuer und der Wertpapiersteuer gesenkt werden.

Die Abrüstung im Völkerbund.

Genf, 13. September. Am heutigen Vormittag soll die Generaldebatte in der 3. Kommission über die Abrüstung abgeschlossen werden. Immer klarer formen sich die Gegensätze, zwischen denen eine Einigung nur schwer zu erreichen ist. Die politische und geographische Lage ist zu verschieden, um eine befriedigende Lösung zu ermöglichen. Der polnische Außenminister Strzyński gibt den klarsten Eindruck, in dem er sagt: Wenn ein Land durch seine Nachbarn nicht bedroht wäre, dann würde ich sagen: Zuerst Entwaffnung und dann Sicherheit. Da wir uns aber ständig durch unsere Nachbarn bedroht sehen, so verlangen wir zuerst Sicherheit und dann die Abrüstung.

Wenn Strzyński den sogenannten französischen Standpunkt mit diesen Worten nochmals genau umschreibt, so fand der Vertreter Irlands, Fitzgerald, eine prägnante Formel für den englischen Standpunkt: Nicht Sicherheit und Schiedsgericht, sondern Sicherheit durch das Schiedsgericht. Den englischen und französischen Anschauungen schließen sich als dritte diejenigen außereuropäischen Staaten an, die heute Caballero für Paraguay vertritt. Eine Hilfeleistung gegen den Angreifer, sagte er, kommt für uns außereuropäischen Staaten aus geographischen Gründen nicht in Frage und deshalb wollen wir

von einem Garantievertrag nichts wissen, der uns Pflichten auferlegt und keine Hilfe verspricht. Der Vorsitzende Duca (Rumänien) faßt nochmals die Debatte nach folgenden Gesichtspunkten kurz zusammen:

Drei Fragen hätten im Mittelpunkt der Verhandlungen gestanden. Die erste, die Schiedsgerichtsfrage, wäre von der ersten Kommission vom juristischen Standpunkt aus behandelt worden, deshalb erscheint es richtig, daß die dritte Kommission mit der ersten Kommission gemeinsam arbeite. Die Frage der Garantien sei von allen Rednern in dem Sinne besprochen worden, daß sie nur auf der Grundlage des Völkerbundspartes gelöst werden könne. Die nächste Frage, die Frage der Abrüstung, könne nur nach Lösung der ersten Frage behandelt werden. Der Vorsitzende schlägt die Wahl einer zehnköpfigen Unterkommission vor.

Ueber das voraussichtliche Ergebnis der Verhandlungen in Genf wird noch von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß aus dem Erlös der Völkerbundsanleihe ein Betrag von 500 Millionen österreichischen Papierkronen für staatliche Investitionszwecke zur Elektrifizierung freigegeben werden soll. Was die Kontrolle betrifft, so wird sie bis Ende 1925 verlängert. Der Generalkommissar wird in Zukunft seine Berichte vor der Veröffentlichung der Regierung zur Kenntnis bringen.

Inzwischen ist in Genf auch der deutsche Gesandte aus Bern eingetroffen. Es wird jedoch „versichert“, daß seine Reise nicht mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund im Zusammenhang steht, sondern daß es sich nur um laufende Verhandlungen mit dem Präsidenten Motta handelt.

Deutsches Reich.

Französische Sorgen. Der Berliner Kabinettsitzung am Montag sieht man in Paris mit außerordentlicher Spannung entgegen, da angenommen wird, daß ein endgültiger Beschluß über die Notifizierung des deutschen Memorandums zur Kriegsschuldfrage erfolgt. Die Auffassung der maßgebenden Pariser Stellen hat sich nicht wesentlich geändert. Die Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß die Notifizierung im Widerspruch (!) mit dem Artikel 231 des Versailler Vertrages stehe, und es ist anzunehmen, daß sie in einer scharfen Antwort Deutschland diese Klausel ins Gedächtnis zurückrufen wird.

Der „Temps“ hält es allerdings für nicht ausgeschlossen, daß die französische Regierung die deutsche Note mit „berächtigtem Schweigen“ als belangloses Dokument abtut. Diese Taktik würde, nach gewissen Auslegungen zu schließen, als ein Entgegenkommen gegenüber dem Kanzler Marx aufzufassen sein. Gewisse in Paris zirkulierende Gerüchte besagen, daß zwischen dem Kanzler und seinem Außenminister starke Differenzen bestehen. Man sieht voraus, daß besonders Stresemann auf die Abfindung der Note drängen wird, da er eine diesbezügliche Verpflichtung gegenüber den Deutschnationalen gelegentlich der Abstimmung über das Dawes-Gutachten eingegangen ist. Ueber Kanzler Marx äußern sich die Blätter in „sympathischer“ Weise, geben aber dem Bedenken Ausdruck, daß er in etwas unvorsichtiger Weise sich von seinem Außenminister habe hinreißen lassen, sodaß die Deutschnationalen jetzt nun fast maßgeblichen (?) Einfluß auf die Beschlüsse des Kabinetts erlangt haben. Man gibt der Erwartung Ausdruck, daß die demokratischen Minister sich gegen die Deutschnationalen im Verlaufe des Kabinettsrates einsetzen werden.

Abzug der Zollbeamten aus Dortmund. Nachdem in der Nacht vom Montag zum Dienstag die Zolllinie im Karlsruher Rheinhafen aufgehoben wurde, ist nunmehr auch der Personenverkehr, der bis jetzt streng kontrolliert wurde, freigegeben worden. Damit ist jetzt das Betreten des gesamten Karlsruher Gebietes, das seit 1923 gesperrt war, wieder ohne Kontrolle möglich. Aus Dortmund sind die Zollbeamten bis auf einige wenige, die zur Abrechnung zurückgeblieben sind, abgerückt. Auch die Grenzstation Bradel wurde geräumt. Man rechnet damit, daß in diesen Tagen auch die ersten Truppen aus Dortmund abziehen. — Nach einer Entscheidung der Interalliierten Rheinlandkommission vom 11. d. Mis. ist die Ausweisung von etwa 1300 Privatpersonen und Beamten zurückgenommen worden.

Münster. Am 21. September sollte in Münster ein Bezirksjugendtag der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung abgehalten werden. Der preußische Minister Severing hat die Abhaltung dieses Jugendtages für das Ruhrgebiet verboten. Berlin. Wie die „Rote Fahne“ meldet, ist die kommunistische Reichstagsabgeordnete Ruth Fischer, die in kommunistischen Versammlungen in Wien auftrat, unter polizeilicher Bewachung an die Grenze gebracht worden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

XXIII. Nachtrag zum Beschluß über die gesetzliche Miete.

Zwischen § 3 und § 4 wird folgende Bestimmung eingefügt:

§ 3a.

Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind nach Quadratmeter der Heizfläche umzulegen.

Der Vermieter ist berechtigt, bei Sammelheizungen vorbehaltlich der endgültigen Berechnung

am 1. Oktober einen Vorschuß von 1,40 Goldmark für den qm Heizfläche,

am 1. Dezember einen Vorschuß von 1,40 Goldmark für den qm Heizfläche,

am 1. Februar einen Vorschuß von 1,40 Goldmark für den qm Heizfläche

von jedem Mieter zu erheben, es sei denn, daß die Mietervertretung das für die Heizstoffe erforderliche Einkaufsgeld selbst aufbringt.

II.

Dieser von dem Herrn Regierungspräsidenten genehmigte Nachtrag tritt am 1. Oktober 1924 in Kraft.

Stolp, den 13. September 1924.

Der Magistrat.

Betrifft: Wandergewerbebescheine.

Wandergewerbebescheine A.

Diejenigen Personen in hiesiger Stadt, welche das von ihnen bisher betriebene Wandergewerbe als Straßenmusikanten (Musikgesellschaften oder einzelne Musiker), Schaustellungen oder sonstige Lustbarkeiten im nächsten Jahre fortsetzen wollen, müssen ihre Anträge **spätestens bis Ende Oktober dieses Jahres** bei der unterzeichneten Polizeiverwaltung — Rathaus Zimmer 36 — anbringen, widrigenfalls sie auf Erneuerung der Wandergewerbebescheine nicht rechnen können. Ein vorschriftsmäßiges Lichtbild, der alte Wandergewerbebeschein und das Straßensteuerheft sind mitzubringen.

Wandergewerbebescheine B.

Diejenigen Personen in hiesiger Stadt, welche das von ihnen bisher betriebene Wandergewerbe im nächsten Jahre fortsetzen oder ein Wandergewerbe neu beginnen wollen, müssen ihre Anträge bis spätestens Ende November dieses Jahres bei der unterzeichneten Polizeiverwaltung — Rathaus Zimmer 36 — anbringen, widrigenfalls sie es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn ihnen der Wandergewerbe- und Gewerbebeschein für das Kalenderjahr 1925 erst nach Beginn des nächsten Jahres ausgestellt wird. Ein vorschriftsmäßiges Lichtbild aus neuester Zeit, der alte Wandergewerbebeschein und das Straßensteuerheft sind mitzubringen.

Stolp, den 11. September 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Betreffend: Befreiung von Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund der Ausführungsvoorschriften vom 13. 3. 1924 zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Fällen langfristiger Verträge mit mindestens **sechsmonatlicher Kündigungsfrist** von der Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge befreit. Die Arbeitgeber im Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises für den Stadt- und Landkreis Stolp haben die Arbeitnehmer für die Befreiung in Anspruch genommen wird, dem öffentlichen Arbeitsnachweis in Stolp, Goldstr. Nr. 13 zu benennen. Der Antrag auf Befreiung hat den Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Art der Berufstellung des Arbeitnehmers, Beginn und Ende des Beschäftigungsverhältnisses, sowie den Befreiungsgrund und welcher Krankenkasse er angehört, zu enthalten. Die Angaben sind durch eine Amtsstelle zu beglaubigen.

Wird ein Vertrag, auf Grund dessen die Beitragsleistung ruhte, gekündigt, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Kündigung der Krankenkasse und dem öffentlichen Arbeitsnachweis mitzuteilen. Wird die Mitteilung versäumt, so haftet der Arbeitgeber für rückständige Beiträge, auch des Arbeitnehmers und Zinsen in Höhe des Reichsbankdiskonts für die Zeit von der Fälligkeit bis zum Zahlungstage.

Der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises.
gez. Dr. Vinde.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-

Oele Fette

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

Ia. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.

Fernspr. 792.

Gegr. 1862.

Baumwollwaren



in bekannt guten Qualitäten!

Hemdentuche : Makkotuche

Linons

für Leib- und Bettwäsche

Inletts

Lakenstoffe :: Schürzenstoffe

Hemdenbarchent :: Rockbarchent

Futterbarchent :: Blusenvelours

Handtücher

Große Auswahl!

STOLP i. Pom.

OTTO Spelling

Holstentorstr. 27

Telephon 966

Bitte Schaufenster beachten!

Bauausführungen

aller Art in Mauererei und Zimmerei übernimmt in Stadt und Land

Baugeschäft Paul Boß

Architekt, Maurer- u. Zimmermeister B. D. V. Bauachverständiger u. Taxator

Gegr. 1893

Stolp

Teleph. 684

Geersstraße 8, Eingang von der Augustastr.

Stadttheater

Dir. H. Schneider
Telefon 419

Heute und morgen Dienstag
letzte Aufführungen von
Des Königs Nachbarin

Donnerstag und Freitag
Der Meisterboger.

Umzüge

von und nach allen Orten,
sowie in der Stadt führt
aus

Paul Schmidt, Bahn-
speiditeur
Fernruf 67 u 68.

Futtermehl

Weizenkleie

Roggenkleie

empfiehlt
G. Taube,
Schmiedestraße 3.

Glück Heirat

bietet sich für Damen mit
Gutem in gut. Position.
Ausl. distr. und kostenlos.

Lindloff, Berlin 113,
Wisbyerstraße 6.

Sauerstoffwerke G. m. b. H., Berlin SW. 11,
Trebnerstrasse 9

liefern ab Lager Stolp bei der Firma

Arno Schulz, Stolp i. P.

Grüner Weg 3—4 :: Fernsprecher 1066



Sauerstoff-Wasserstoff

Acetylen

in höchster Reinheit und für alle Zwecke.

CROSA

DIE HERBE

Zahnpasta

CHEMISCHE FABRIK CROSA
BRAUNSCHWEIG

Zu beziehen durch die **Drogenhandlungen**
und die **Friseure.**

Pettfuser Wintersaatroggen

offert ab Lager Stolp

Stolper landw. Konsum-Berein

G. G. m. b. H.

Für's Land

Schaft- u. Kropfstiefel eigener
Fabrikation

in bekannter Güte billigst

Carl Abrecht, Schuhfabrik, gegr. 1871.

Fernsprecher 920. Stolp i. Pom. Goldstraße 21.